

unser Weg online

Newsletter der SPD Weser-Ems | Nr. 4
Juni 2005

Themen heute:

Aus dem Bezirk:

- Hartz IV: Rappe weist richtigen Weg
- Kindergartengebühren: Politik gegen die Zukunft
- Lernmittelfreiheit: Landesregierung darf 160.000 Unterschriften nicht ignorieren!
- Multhaupt und Schwanholz appellieren: Nach dem „Oscar“ für Jugend-Engagement greifen
- Rundum-Versicherungsschutz im Freiwilligen Engagement
- Lissabon-Strategie umsetzen
- Netzwerk zwischen Kommune und Land
- Jetzt den Ortsverein online bringen

Aus den Arbeitsgemeinschaften:

- Dank an die Frauen

Stellenausschreibung:

- BürgermeisterkandidatIn für Elsfleth

Aus den Unterbezirken und Ortsvereinen:

- Osnabrück: SPD gestaltet Perspektiven für Osnabrück
- Osnabrück: Leben Sie schon? Wenn ja, warum?
- Oldenburg-Stadt: Oldenburger SPD wählt neuen Vorstand
- Oldenburg: Girls` day im MdB-Büro von Gesine Multhaupt
- Osnabrück: Osnabrücker SPD erinnert an Opfer der Nazi-Herrschaft
- Papenburg: Seit 20 Jahren ein Ort des Erinnerns, der Aufarbeitung und des Lernens
- Papenburg: Schülersausstellungen zum Thema „60 Jahre Kriegsende“

Wahlkampf-Hotline

Termine

Linktipps

Editorial

Newsletter bestellen/abbestellen

Aus dem Bezirk

Rappe weist richtigen Weg

SPD-Bezirk Weser-Ems unterstützt die Vorschläge des Hartz-IV-Ombudsrats-Mitglieds Hermann Rappe



Oldenburg (eb). Deutliche Zustimmung fanden die Äußerungen des Hartz-IV-Ombudsrats Hermann Rappe (Foto) zur Optimierung der Zusammenarbeit der Landkreise bei der Hartz-IV-Umsetzung vor Ort und der Anpassung der Übergangszeiten beim Arbeitslosengeld II.

„Die Erfahrungen, die wir hier in Weser-Ems mit der Zusammenarbeit zwischen Kommunen mit dem Optionsmodell und denen mit einer Arbeitsgemeinschaft gemacht haben, sind sehr nahe an den Verbesserungsvorschlägen aus dem Ombudsrat zu Hartz IV,“ stellte der Bezirksvorsitzende Garrelt Duin fest.

„Gerade wenn eine Stadt mit Arbeitsgemeinschaft mit angrenzenden Landkreisen mit Optionsmodell zusammenarbeitet, ergeben sich noch zu viele Reibungspunkte auf organisatorischer Ebene. Hier müssen mit Hilfe des Landkreis- und Städtetages und der Agentur für Arbeit schnell effiziente reibungslose Kooperationen herbeigeführt werden. Ungeklärte Personalfragen und Zuständigkeiten sowie bürokratische Vorschriften sollen die eigentliche Aufgabe, Menschen in Arbeit zu bringen, nicht behindern!“

Zustimmung findet auch die Meinung Rappes, darüber nachzudenken, ob eine Stufenregelung für den Bezug von Arbeitslosengeld I einzuführen wäre. „Wenn jemand sehr lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll er auch einen entsprechend längeren Leistungsbezug erhalten. Hier ist in Hartz IV eine notwendige Justierung vorzunehmen. Die Vorschläge Rappes werden sicherlich in die Beratungen um das SPD-Wahlprogramm einfließen“, unterstützt Duin dieses Ansinnen. Diese Maßnahme würde eine sozial gerechte Anpassung bedeuten.

„Die Arbeit des von der Bundesregierung eingerichteten Ombudsrats bewährt sich an dieser Stelle. Mit vernünftigen Anpassungen wird die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Hartz IV nachvollziehbarer und ausgewogener,“ erwartet Duin für die Zukunft.

[nach oben](#)

Politik gegen die Zukunft

In Niedersachsen sollen Kindergartengebühren schon bei geringerem Einkommen bezahlt werden

Ohne, dass es überhaupt auf der Tagesordnung stand, wurde von der CDU/FDP-Mehrheit im Kultusausschusses im Niedersächsischen Landtag das Kita-Gesetz im Rahmen der Beratungen zum Feiertagsgesetz behandelt. „Das ist für sich genommen schon ein sehr ungewöhnlicher Vorgang,“ so die Osnabrücker SPD-Landtagsabgeordnete Ulla Groskurt und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen auf Landesebene. Hinzu kommt, dass die Landesregierung im Bundesrat den Entlastungen für Familien zugestimmt hat, und diese Maßnahme jetzt im Land „klammheimlich“ zu Lasten der einkommensschwachen Eltern wieder zurückgedreht wird.

Ohne Gesetzestext und inhaltliche Beratung wurde ein Vorhaben durchgepeitscht, das für einkommensschwache Familien bittere Folgen haben wird. Anstatt die Freistellungsgrenze – wie bei Hartz IV geregelt – für Kindertagesstättegebühren bei 690 Euro zu belassen, will die Regierungsmehrheit in Niedersachsen sie auf 573 Euro senken. Damit werden jetzt auch Eltern auf diesem geringen Einkommensniveau zu Kindergartengebühren herangezogen. Ohne Anhörung von Familien und kommunalen Verbänden, ohne Willen, diese Kürzungen adäquat im zuständigen Ausschuss zu beraten, sucht dieser Coup gegen alle Gepflogenheiten parlamentarischer Praxis seinesgleichen. Dass hier Kindern die Tür versperrt wird, die wir dringend in den Kindergärten brauchen, ist der politische Widerspruch in dieser Aktion. Von allen Experten wird vertreten, dass Investitionen in eine vorschulische Erziehung die effektivste und kostengünstigste Förderung von Kindern überhaupt sind. "Hier sparen wir gegen die Zukunft," ist die ASF-Landesvorsitzende überzeugt.

[nach oben](#)

Landesregierung darf 160.000 Unterschriften nicht ignorieren! Großer Erfolg für Volksinitiative Lernmittelfreiheit

Die Volksinitiative zur Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit hat über 70.000 von den Gemeinden bestätigte Unterschriften an den Landeswahlleiter Klaus-Ludwig Strelen übergeben. Insgesamt hatte die Initiative 160.000 Unterschriften gesammelt.

"Die Volksinitiative zur Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit wird von 160.000 Menschen in Niedersachsen unterstützt. Die Initiatoren haben gemeinsam mit vielen Unterstützern auch aus der SPD deutlich mehr Unterschriften gesammelt, als für eine Beratung im Landtag notwendig gewesen wären. Das ist ein riesiger Erfolg und ein unmissverständliches Signal an die Landesregierung: Die Lernmittelfreiheit muss wieder eingeführt werden!," sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Wolfgang Jüttner.

Jüttner verwies darauf, dass nach einer aktuellen Studie die Eltern von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen rund 3,6 Mrd. Euro insbesondere für Nachhilfe und Schulbücher ausgeben. "Wir müssen den Trend zur immer stärkeren Abwälzung der Kosten für die Schulausbildung auf die Eltern

stoppen. Denn sonst wird sich die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft noch weiter verstärken," so Jüttner.

[nach oben](#)

Multhaupt und Schwanholz appellieren: Nach dem „Oscar“ für Jugend-Engagement greifen

Oldenburg/Osnabrück. **Junges Engagement preisgekrönt: Jugendlichen, die die Ärmel hochkrepeln und etwas Originelles auf die Beine stellen, winkt ein attraktiver Ehrenamtspreis aus Berlin. Darauf haben die SPD-Bundestagsabgeordneten Gesine Multhaupt und Dr. Martin Schwanholz hingewiesen. Der Heinz | Westphal | Preis (H|W|P) sei ein „Oscar“ für Jugend-Engagement.**

„Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verleiht der Deutsche Bundesjugendring den Heinz | Westphal | Preis an Gruppen, Initiativen, Verbände und Organisationen aus dem Jugendbereich,“ so Multhaupt und Schwanholz. Der Preis gehe auf den ehemaligen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, zurück. Drei Projekte werden in diesem Jahr nach Angaben von Gesine Multhaupt ausgezeichnet. Den Gewinnerinnen und Gewinnern winke ein Preisgeld von insgesamt 15.000 Euro.

„Junge Menschen, die zupacken und sich zum Null-Tarif engagieren, haben eine Chance, den diesjährigen Heinz | Westphal | Preis zu gewinnen“, sagten die Bundestagsabgeordneten. Sie appellieren an Jugendliche, „ihren Hut in den Ring zu werfen und sich mit guten Projekten aus der Jugendarbeit zu bewerben“. Sie hoffen auf möglichst viele Bewerbungen aus der Region, denn die Palette des ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit sei breit und ideenreich. Gesine Multhaupt und Dr. Martin Schwanholz machten deutlich: „Mädchen und Jungen stellen bei uns viel auf die Beine. Deshalb lautet die Devise: Mitmachen!“

Einsendeschluss für den Heinz | Westphal | Preis 2005 ist der 17. Juni. Die Bewerbungen sind an den Deutschen Bundesjugendring (Heinz | Westphal | Preis, Mühlendamm 3, 10178 Berlin) zu richten. Nähere Informationen gibt es im Internet unter: www.heinz-westphal-preis.de. Weiteres Info-Material kann beim Deutschen Bundesjugendring unter der Rufnummer 030 / 400 404 – 13 oder per E-Mail (info@heinz-westphal-preis.de) bestellt werden.

„Die Jury ist prominent besetzt: Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Journalismus, Wissenschaft und Jugendverbänden entscheiden über die eingereichten Jugend-Projekte“, sagten die SPD-Bundestagsabgeordneten Gesine Multhaupt und Dr. Martin Schwanholz. Der Deutsche Bundesjugendring und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden den Heinz | Westphal | Preis 2005 dann am 12. Dezember in einer Feierstunde in Berlin verleihen.

[nach oben](#)

Rundum-Versicherungsschutz im Freiwilligen Engagement

Ehrenamt mit Netz und doppeltem Boden



Berlin/Nordhorn. Damit sich Bürgerinnen und Bürger ohne Risiko freiwillig engagieren können, gibt's jetzt einen Leitfaden zum Thema „Versicherungsschutz im Ehrenamt“. Darauf hat die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Heubaum (Foto) hingewiesen.

„Freiwilliges soziales, kulturelles und sportliches Engagement wird vieler Orts groß geschrieben. Ob in den Kultur- und Sportvereinen, den Kirchengemeinden, den Bürgerinitiativen oder in den zahlreichen anderen Vereinen – überall krempeln Bürgerinnen und Bürger freiwillig die Ärmel hoch. Wichtig ist, dass sie dabei in keine Versicherungslücke fallen. Darüber, wie sich Ehrenamtliche bei ihrer Tätigkeit optimal versichern können, ist allerdings immer noch viel zu wenig bekannt,“ so Monika Heubaum. Diese Informationslücke schließt jetzt die Broschüre „Sicher engagiert – Versicherungsschutz im Ehrenamt“.

Herausgegeben wird, so Monika Heubaum, der Leitfaden von der Initiative „für mich, für uns, für alle“, an der u. a. der Deutsche Bundestag sowie der Deutsche Landkreistag beteiligt sind und die es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Bürgerschaftliche Engagement zu unterstützen.

Der Leitfaden enthält wichtige Praxistipps, damit sich Freiwillige bei ihrem Engagement lückenlos versichern könnten und sich so auf das Wesentliche konzentrieren könnten. Monika Heubaum: „Warum ist man als Übungsleiter gesetzlich unfallversichert, nicht aber als gewählter Kassenwart? Wie können sich Vereine gegen finanzielle Schäden absichern? Kommt die Haftpflichtversicherung für Schäden auf, die man als Ehrenamtlicher verursacht? Das sind nur einige Fragen, die die Broschüre praxisnah und verständlich beantwortet. Mit Checklisten können Ehrenamtliche selbst überprüfen, ob sie ausreichend versichert sind.“

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können die Broschüre u. a. im Bürgerbüro der SPD-Bundestagsabgeordneten Monika Heubaum, Stadt-ring 38 in 48527 Nordhorn, kostenlos erhalten.

[nach oben](#)

Lissabon-Strategie umsetzen

Europa bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – dieses ehrgeizige Ziel steckten sich im Jahre 2000 die europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Lissabon. In ihrer Zwischenbilanz stellte eine Sachverständigengruppe unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten der Niederlande, Wim Kok, fest, dass sich Fortschritte auf dem Weg der Realisierung dieser Ziele nur langsam einstellen.

Das Bezirksforum Europa Weser-Ems unter der Leitung von Dr. Martin Schwanholz, MdB, hat sich in den vergangenen Monaten schwerpunktmäßig mit der Umsetzung der Lissabon-Strategie auseinandergesetzt. Auf einer Sitzung in Oldenburg haben die Mitglieder des Bezirksforums dazu einen Antrag beschlossen.

Mit diesem Antrag werden die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zur Umsetzung der Lissabon-Strategie zu unternehmen. „Die ernüchternde Halbzeitbilanz von Kok darf uns nicht entmutigen. Es kommt jetzt mehr denn je darauf an, konkrete Maßnahmen zur Implementierung der Lissabon-Ziele zu ergreifen,“ so der Osnabrücker Bundestagsabgeordnete Schwanholz.

[nach oben](#)

Netzwerk zwischen Kommune und Land



Das Foto zeigt die Referenten v.l.n.r. Klaus-Peter Dehde, Hans-Dieter Haase und Volker Brockmann. (Foto: Hein)

Oldenburg. Auf Einladung des Arbeitskreises Umwelt der SPD-Landtagsfraktion fand in Oldenburg eine Konferenz zu umwelt- und energiepolitischen Themen der Region statt. Eingeladen waren die umweltpolitischen SPD-Sprecher in den Kommunen, Landkreisen und SPD-Kreisvorständen im Bezirk Weser-Ems. Wie Hans-Dieter Haase (Emden), umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in seiner Begrüßung erläuterte, sei dies der Auftakt zu einer Reihe weiterer regionaler Veranstaltungen dieser Art. „Die Notwendigkeit für die

Durchführung dieser Veranstaltungsreihe ist dringlicher denn je,“ erklärte Haase, denn der amtierende Umweltminister Niedersachsens kümmere sich mehr als stiefmütterlich um die Thematik. Neben Haase nahmen von der SPD-Landtagsfraktion Volker Brockmann aus Hameln („Solarstadt des Nordens“) und

Klaus-Peter Dehde (Lüchow-Dannenberg), Vorsitzender des Umweltausschusses im Niedersächsischen Landtag, an der Veranstaltung teil.

In einem Grußwort nannte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion Oldenburg, Bernd Bischoff, den Vorschlag von Niedersachsens Umweltminister Sanders, den gelben Müllsack abzuschaffen „populistisch“. Ein großes Problem sei vor Ort auch die Umgehung der Maut, indem auf Nebenstrecken ausgewichen werde. Hier müssten weitere Straßenbereiche in die Mautregelung einbezogen werden, um das Verkehrsaufkommen, Gefährdungen und nicht zuletzt Umweltbelastungen zu reduzieren.

In einem Vortrag machte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Hans-Dieter Haase, deutlich, dass man mit dieser Veranstaltungsreihe zu einer stärkeren Vernetzung von kommunaler und Landes-Ebene beitragen wolle. „Ziel ist ein Netzwerk, wo Umweltpolitik das notwendige Gehör findet und den nötigen Stellenwert erhält.“ Nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch die neue Landesregierung werde nach und nach immer deutlicher, welche umweltpolitischen Rückschritte dort angestrebt würden. Atomanlagen sollen nicht nur weiter genutzt werden, sondern sogar über die Errichtung von Neubauten werde laut nachgedacht. Jüngste erneute Vorfälle in England zeigten jedoch, dass diese Form der Energiegewinnung nach wie vor nicht beherrschbar sei und es beim Ausstieg bleiben müsse. Mit Blick auf die Müllentsorgung und die von Sander propagierte Abschaffung der gelben Säcke erklärte Haase, es werde zwar von angeblichen Kostenreduzierungen gesprochen, „doch wer soll eigentlich von Kosten entlastet werden?“ In Wirklichkeit werde es bei Wegfall des gelben Sackes zu erheblichen Verteuerungen für die Müllkunden kommen und erhebliche Investitionen für die Träger der Müllentsorgung würden notwendig. Der gelbe Sack habe sehr zu einer verbesserten Trennung von Müll geführt und erhebliche erzieherische Wirkungen beim Verbraucher ausgelöst. Der Landesregierung warf Haase vor, umweltpolitische Ängste zu schüren. Beim Thema „Offshore-Windkraft“ würden die Gefahren völlig überzogen dargestellt und vernachlässigt, welche enorme Beschäftigungswirkung alternative Energienutzung wie Biomasse, Solarsysteme und Windkraft entfalte. (rh.)

[nach oben](#)

Jetzt den Ortsverein online bringen: Mit dem Internet-Auftritt der SPD Niedersachsen

Immer mehr Ortsvereine und Abgeordnete in Weser-Ems entscheiden sich für einen Internet-Auftritt mit dem CMS-System der SPD Niedersachsen. CMS = Content Management System = Redaktionssystem.

Dieses Redaktionssystem kann von allen Gliederungen, Abgeordneten und KandidatInnen der SPD in Niedersachsen und damit natürlich auch aus dem Bezirk Weser-Ems genutzt werden, um professionelle Internet-Auftritte im SPD-Design zu erstellen. (Beispiel: www.spd-weser-ems.de)

Die Erstellung und Pflege der Seiten ist einfach und über jeden Internetzugang möglich. Programmierkenntnisse (z.B. der Websprache HTML) sind nicht erforderlich.

Das Gestalten einer neuen Seite geht ganz einfach und kann von jedem PC-

Arbeitsplatz mit Internet-Anschluss durchgeführt werden.

Schon mehr als 60 CMS-Auftritte in Weser-Ems

Im Bezirk Weser-Ems gibt es schon mehr als 60 Internet-Auftritte, die mit CMS erstellt wurden. Die vier niedersächsischen Bezirke haben je eine/n Bezirks-AdministratorIn ernannt, welche die an CMS angeschlossenen Gliederungen und Personen in ihrem Bereich betreuen. Für den Bezirk Weser-Ems ist dies Renate Strang kontakt@renatestrang.de .

Die Internetbeauftragten und RedakteurInnen können sich jederzeit bei Problemen sowie mit Fragen und Wünschen an sie wenden. Gern stellt sie CMS auf Wunsch auch in den Unterbezirken vor.

CMS in Kürze

Vorteile

- Niedrige Kosten
- Verringerter Zeitaufwand
- Professionelles Design
- Hohe Aktualität und interessante Inhalte
- Schneller und leichter Einstieg für Neulinge
- Vollwertiger Internetauftritt
- SPD-Termine und Nachrichten können stets aktuell präsentiert werden
- Es können sich gleichzeitig mehrere RedakteurInnen / AutorInnen an der Pflege der Seite zu beteiligen
- Kostenlose Schulung und Hilfestellung

Voraussetzungen

- Ein PC mit Betriebssystem, z.B. Windows 95, Mac OS, etc.
- Ein Modem / ISDN-Karte
- Ein Internetzugang über einen Provider
- Standardbrowser, z.B. Microsoft Explorer 4.0 oder höher, Netscape Navigator 4.0 oder höher

Nähere Infos bei: Renate Strang, Bezirks-Administratorin, Tel. 04482-974579,
Email: kontakt@renatestrang.de

[nach oben](#)

Aus den Unterbezirken und Ortsvereinen

SPD gestaltet Perspektiven für Osnabrück

Perspektivprogramm geht in die letzte Runde

Die Osnabrücker Sozialdemokraten haben in einem einjährigen Prozess in über 13 Expertengesprächen und fünf Workshops im Verlauf eines Parteitages ihr Perspektivprogramm für Osnabrück entwickelt.

"Eine bürgernahe Kommunalpolitik zu gestalten wird in den kommenden Jahren eine Aufgabe sein, die differenzierte und nachvollziehbare Entscheidungen erfordert," eröffnete Friedrich Uhrmacher, stellvertretenden SPD-Vorsitzender. Die SPD hat sich dabei zum Ziel gesetzt, bei den Bürgerinnen und Bürger durch eigenes Mitwirken an den politischen Findungsprozessen der SPD für mehr Akzeptanz zu werben. Das Interesse an Politik und somit am Gemeinwohl der Stadt sowie an den sozialdemokratischen Werten könne wachsen, so die Hoffnung der Verantwortlichen.

Bei der Erstellung der SPD-Perspektiven für Osnabrück haben die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Teilhabe von Müttern und Vätern am Arbeitsmarkt und somit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine besondere Rolle gespielt. "Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit bringt Vorteile für Familien und Unternehmen sowie für eine gut ausgebildete Jugend und eine lebendige Stadt!" erklärt Uhrmacher für den Vorstand.

Des weiteren wurde die demografische Entwicklung in Deutschland beleuchtet, die auch direkte Auswirkungen auf Osnabrück hat. Die veränderten Bedürfnisse, z.B. an Wohnungen, an Dienstleistungen, an Mobilität oder der mögliche längere Verbleib im Arbeitsprozess wird schon kurzfristig Auswirkungen zeigen, wissen die Sozialdemokraten. Die Integration von in Osnabrück lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund wird auch in den kommenden Jahren von Bedeutung sein. Chancengleichheit für alle im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt stehen im Fokus der SPD.

Das nun fertiggestellte Perspektivprogramm soll eine Leitlinie bei der Erstellung des Kommunalwahlprofils der Osnabrücker Sozialdemokraten bilden. In einem nächsten Schritt werden die Ergebnisse den Experten vorgestellt, die an dem Prozess mitgewirkt haben. "Für die Vorstellung des Programms, werden wir uns trotz der hektischen Wahlkampfzubereitung Zeit nehmen!" kündigt Friedrich Uhrmacher an. "Es ist uns ein wichtiges Anliegen die von den Interessenvertretern eingebrachte Zeit und Energie ein Stück weit wieder zurück zu geben!" erklärt der SPD Sprecher.

[nach oben](#)

Leben Sie schon? Wenn ja, warum?

Abgeordnete will den Kampf gegen das Formularunwesen und verwirrende Gebrauchsanweisungen aufnehmen



Osnabrück. Die Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag, Ulla Groskurt, will den Kampf gegen das Unwesen von Formularen und die verwirrenden Beschreibungen in Gebrauchsanweisungen angehen. „Was da so fabriziert wird,“ so die Abgeordnete, „kann man einfach nicht mehr tolerieren. In meiner Sprechstunde stehen oft Probleme an, die nicht zuletzt durch Fragebögen und übereifrig entwickelte Formulare entstanden sind. Ich sehe aber auch – besonders ältere Mitbürger - mit ratlosen Blicken an den Fahrkartenautomaten stehen. Die von so genannten Experten - aus ihrer Welt, für ihre

Welt entwickelten Texte – sind in der Regel eben nicht im Hinblick auf die Benutzer ausgerichtet.“

Dass es für einige Sachlagen Formulare geben muss, die bestimmte strukturierte und vergleichbare Auskünfte erfragen, sei unstrittig. „Aber das, was ich hier und da gesehen habe, geht mir reichlich gegen den Strich. Da werden munter Abkürzungen verwendet die nicht erklärt werden, da wird unbekümmert auf Gesetze und Paragraphen verwiesen, die ganz bestimmt nicht zum Standard in deutschen Bücherschränken gehören. Die Frage: „Leben Sie schon? Wenn ja, warum?“ ist mir zwar noch nicht untergekommen. Ich würde sie aber nach meinen Erfahrungen nicht total ausschließen.“

Unsauber in der Übersetzung und erkennbar mit einer einfachen Übersetzungssoftware gestrickt, seien viele der Gebrauchsanweisungen. Oft ist die Rede von technischen Neuheiten mit immer mehr Funktionen, die leider nicht genutzt werden können, weil die Anweisungen zum Gebrauch mangelhaft sind. Wer könne schon mit der Beschreibung: „Wenn zwei Synchronisationssignate gleichzeitig anliegen. z.B. Composite Synchronisation auf GrüBe und für Kissenverzeichnung gleichzeitig und für mehr als zwei Sekunden drücken. Hierdurch wird H/V separate Synchronisation abgeschaltet“ etwas anfangen. Die wenigsten Verbraucher wissen, dass eine vernünftige Gebrauchsanweisung zum Gerät und zum Kauf gehört. „Hier verweise ich besonders auf die Büros der Verbraucherberatungen, die wichtige Hinweise und Beratungen geben.“

„Mir,“ so die Abgeordnete, „geht es mehr darum, Dinge aus dem öffentlichen Lebensraum aufzunehmen. Wie Hinweise auf den oben schon erwähnten Fahrkartenautomaten zum Beispiel, der eben nicht nur älteren Menschen die Bedienung besonders schwierig macht.

Meine Formularsammlung hat sich bis jetzt weitestgehend zufällig ergeben. Ich

möchte dieses Thema aber schon ernsthafter angehen und will in einem ersten Schritt mehr Material und Informationen sammeln.“ Interessierte und Betroffene, die Material und Anregungen zur Verfügung stellen können, bittet die Abgeordnete um ein Exemplar oder einen Hinweis an ihr Wahlkreisbüro in 49074 Osnabrück, Große Gildewart 11.

„Da ich überhaupt noch nicht weiß, auf welche Resonanz diese Aktion stößt,“ so Ulla Groskurt zur weiteren Entwicklung der Aktion, „gehe ich bei einigen Dingen erst einmal davon aus, dass Veränderungen zunächst von mir persönlich angegangen werden müssen. Bei einigen Problemen wird auch öffentlicher Druck notwendig werden, aber - da bin ich mir sicher - wird sich ein starker Kreis von Verbündeten finden lassen.“

[nach oben](#)

Oldenburger SPD wählte neuen Vorstand

Längere gemeinsame Schulzeit gefordert

Oldenburg. Gastreferent Landesvorsitzender Wolfgang Jüttner kritisiert soziale Schieflage in der Bundesrepublik und fordert eine Qualitätsoffensive in der Bildungspolitik

Der Parteitag der Oldenburger SPD hat einen neuen Unterbezirksvorstand gewählt. Alter und neuer Vorsitzender ist Landtagsabgeordneter Wolfgang Wulf, der mit 83 von 102 (81 %) abgegebenen Delegiertenstimmen gewählt wurde. Seine drei Stellvertreter sind Ratsherr Bernd Bischoff mit 89 von 104 Stimmen (85 %), Bernd Hörnig mit 61 von 93 abgegebenen Stimmen (66 %) und die Bundestagsabgeordnete Gesine Multhaupt mit 66 von 103 Stimmen (64 %).

Kassierer wurde Martin Aßmus mit 101 Stimmen (99 %), stellvertretender Kassierer Wolfgang Conty mit 98 Stimmen (95 %). Als Schriftführerin wurde Hanna Naber mit 90 Stimmen (92 %) gewählt, als ihr Stellvertreter Uwe Kessler mit 92 Stimmen (93 %). Die neun Beisitzerposten im Vorstand nehmen ein: Lena Bittmann, Jutta Bohne, Sabine Cupin, Florian Eiben, Yvonne Möhlenbrock, Heike Rohwer, Christoph Sahn, Dieter Sündermann und Gerti Suntrup.

Auf dem Parteitag kritisierte SPD-Landesvorsitzender Wolfgang Jüttner in seinem Gastreferat die soziale Schieflage in der Bundesrepublik und forderte die Verantwortung eines starken Staates gerade zum Schutz der sozial Schwachen ein. Daher dürfe man den Staat in seiner Handlungsfähigkeit auch nicht durch permanente Steuersenkungen schwächen. In der Bildungsdebatte müsse das Schwergewicht auf eine deutliche Qualitätssteigerung gelegt werden. Insbesondere sei ein höheres Maß an individueller Förderung beginnend bei der frühkindlichen Erziehung in Kinderkrippen und Kindergärten und dann weitergehend in der Schule notwendig.

Die Oldenburger SPD schloss sich dieser Forderung in zahlreichen Beschlüssen zur Bildungspolitik an. Wesentlich war dabei einerseits die Schwerpunktsetzung auf eine Verstärkung des Bildungsansatzes im vorschulischen Bereich. Andererseits wird eine „Schule der Zukunft“ angestrebt. In dieser als Ganztagsystem organisierten Schule müsse die Förderung des einzelnen Schülers im Mittelpunkt stehen. Perspektivisch tritt die Oldenburger SPD dabei für eine längere

gemeinsame Schulzeit in der Sekundarstufe 1 ein. Dabei sollen das unterschiedliche Begabungspotenzial sinnvoll genutzt werden. Diese Schule sei gekennzeichnet durch eine Verringerung der Klassenstärken und einer verbesserten Ausstattung mit pädagogischem Personal. Ziel dieser Bildungspolitik sei es, individuelle Persönlichkeiten zu fördern und ungleiche Lebenschancen abzubauen.

[nach oben](#)

Girls` day im MdB-Büro von Gesine Multhaupt



Oldenburg. Mit drei weiteren Jugendlichen durfte Elsa Peters vom Neuen Gymnasium Oldenburg den Arbeitstag der Bundestagsabgeordneten Gesine Multhaupt (Mitte) begleiten. In Gesprächen konnten die Mädchen den beruflichen Werdegang der Abgeordneten kennen lernen und stellten viele Fragen zum „normalen“ Büroablauf. Ziel des Besuchs bei der Bundestagsabgeordneten war es, auch junge Frauen für den Politikberuf zu begeistern.

So begleiteten Elsa Peters und Marlit Täufel die

Bundestagsabgeordnete zu einer Diskussionsrunde am Schulzentrum Wiefelstede. Christin Kleine und Tina Lüdemann führen gemeinsam mit Gesine Multhaupt am Nachmittag zum ersten Spatenstich zur Robert-Dannemann-Schule nach Westerstede. Alle vier haben außerdem eine Presseauswertung erstellt und an einer Pressemitteilung gearbeitet.

„Obwohl Mädchen heute bessere und höhere Schulabschlüsse haben, nutzen sie diesen Vorsprung nicht immer“, so die Oldenburger Bundestagsabgeordnete. Daher zeigte sich Multhaupt über die breit gefächerten Berufswünsche ihrer Gäste sehr erfreut.

[nach oben](#)

Osnabrücker SPD erinnert an Opfer der Nazi-Herrschaft

Die Osnabrücker SPD erinnerte anlässlich des Gedenkens an die Opfer der Nazi-Gewaltherrschaft auch an die eigenen Opfer des Widerstandes gegen das Hitler-Regime. Die SPD-Vorsitzende Ulla Groskurt erklärte: „Hier sind Menschen aus unserer Osnabrücker SPD der Diktatur mit aufrechter und demokratischer Überzeugung entgegengetreten. Mindestens vier Sozialdemokraten sind bekannt, die ihre Leiden im Konzentrationslager nicht überlebten: Heinrich Groos, vor 1933 Arbeitsamtsdirektor und Sozialdemokrat, der am 12. Dezember 1944 im KZ Neuengamme zu Tode kam, Fritz Szalinski, vormals Gewerkschaftssekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Sozialdemokrat, der am 15. Januar 1945 ebenfalls in Neuengamme starb, Wilhelm Mentrup, vormals Verwaltungsinspektor bei der AOK Osnabrück, der am 3. Mai 1945 auf einem beim Bombenangriff versenkten Häftlingsschiff umkam und nicht zuletzt Heinrich Niedergesäß, bis 1933 SPD-Parteisekretär, der vermutlich ähnlich wie Mentrup sterben musste. Unsere Geschichte ist und bleibt eine Verpflichtung und setzt große Maßstäbe. Feindseligkeiten, Hass und Unmenschlichkeit haben diese Vergangenheit geprägt, an die sich in diesen Tagen viele Menschen erinnern. Eine Demokratie und ein gemeinsames Europa, das war 1945 so nicht vorstellbar. Diese Entwicklung ist heute schon so selbstverständlich, dass vergessene gefährliche alte Parolen neu belebt werden. Das muss uns mahnen, die Erinnerung wach zu halten.“ Ein Schüler erklärte dazu: „wir sind nicht verantwortlich für das, was damals geschehen ist. Wir waren uns allerdings einig, dass wir dafür verantwortlich bleiben, was in der weiteren Entwicklung daraus wird.“

[nach oben](#)

Seit 20 Jahren ein Ort des Erinnerns, der Aufarbeitung und des Lernens

Von Günther Dreyer



Während der Moorsoldaten Treffen werden auch ehemalige Lagerstandorte aufgesucht, wie hier in Neusustrum. Foto: Dreyer

Papenburg. Seit 20 Jahren gibt es in Papenburg das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ). Hier wird die Geschichte der Gefangenenlager, die von den Nationalsozialisten in den emsländischen Moorgebieten eingerichtet wurden, aufgearbeitet. Prominentester Häftling im Lager Esterwegen war der Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky. In einem Grußwort zum 20 jährigen Bestehen des DIZ schrieb Bundeskanzler Gerhard Schröder: „Diese Erinnerungsarbeit ist von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft“.

In jedem zweiten Jahr findet in Papenburg das vom DIZ organisierte Treffen der Moorsoldaten statt, so auch jetzt zum 60. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung von der Hitlerdiktatur. Für mehrere Tage waren zahlreiche ehemalige Häftlinge der Emslandlager (unter anderem aus Polen) nach Papenburg gekommen. Es geht bei den Treffen darum, Kontakte zu halten, in Schulen über die Erlebnisse in den Lagern zu berichten, an der Gedenkfeier zur Befreiung von der Hitlerdiktatur auf dem Lagerfriedhof Esterwegen teilzunehmen. Auch stehen Fahrten zu früheren Lagerorten auf dem Programm. Zum Schluss einer solchen Fahrt nach Aschendorfermoor, Neusustrum und Niederlangen bilanzierte Roland Seemann, Vorstandsmitglied des DIZ, beim Empfang durch die Samtgemeinde Lathen: „Ich glaube, es ist gelungen, den Eindruck zu vermitteln, dass es das Vergessen nicht geben wird.“

Als Hermann Vinke und Gerhard Kromschröder, die früheren Redakteure der lokalen Ems Zeitung, in den 60er Jahren begannen, die Emslandlager zum Thema zu machen, da stießen sie auf Widerstände. „Viele Freunde haben wir uns nicht gemacht“, sagten sie im Frühjahr, als sie ihr altes Archiv dem DIZ übertrugen. Zu jener Zeit war die Geschichte der Emslandlager kaum bekannt. „Viele Überlebende hatten sich bald nach dem Ende des Kriegs zurückgezogen, weil die Stimmen der frühen Erlebnisberichte schon nach wenigen Jahren kein Gehör mehr gefunden hatten,“ merkt Dr. Habbo Knoch, Vorsitzender des Trägervereins, an. Und als das DIZ vor nunmehr 20 Jahren eröffnete, gab es durchaus noch Vorbehalte. Inzwischen aber werden die ehemaligen Häftlinge von Gemeinden wie Lathen oder dem örtlichen Heimatverein als Ehrengäste empfangen.

Das „Aktionskomitee für ein DIZ Emslandlager e.V.“ wurde 1981 mit Unterstützung ehemaliger Moorsoldaten und Häftlinge gegründet. Das Ziel war der Aufbau einer Gedenkstätte. Zunächst bemühte man sich, diese an historischer Stelle einzurichten. Aber die Versuche scheiterten. In einem angemieteten Haus in der Papenburger Wiek wurde dann die Arbeit begonnen.

„Als Haus der Erinnerung hat sich das DIZ von Beginn an der Aufgabe verschrieben, nicht nur Spuren zu suchen und zu bewahren, sondern sie auch zu vermitteln“, wies Dr. Knoch auf ein zentrales Anliegen des DIZ hin. Unzählige Schulklassen besuchten in den zurückliegenden Jahren die Einrichtung. Im entsprechendem Rahmen wird den jungen Leuten die unterschiedlichen Funktionen der Lager erklärt, es wird ihnen die Situation der Inhaftierten geschildert, Diavorträge gehören ebenso dazu, wie auch die Auseinandersetzung mit der Dauerausstellung. Hier gibt es entsprechend pädagogisch aufbereitete Materialien. Aus einigen Schulen, zum Beispiel aus Gronau und Hildesheim, kommen schon seit Jahren immer wieder Schulklassen, die im Rahmen ihres Aufenthalts in Papenburg auch zu den Gedenkstätten und Lagerfriedhöfen fahren, diese von Unkraut und Blättern säubern. Verbunden mit der Informationsveranstaltung im DIZ selbst erleben die Jugendlichen auf diese Weise ein Stück Geschichte zum Anfassen. Für sie ist die Unterrichtseinheit, die sich mit dem Nationalsozialismus befasst, dann - zumindest in einem Teil - ganz konkret.

„Das DIZ bietet die Möglichkeit, sich mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auseinanderzusetzen. Diese Erinnerungsarbeit ist von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft“, betont Bundeskanzler Gerhard Schröder in seinem Grußwort zum 20 jährigen Bestehen des DIZ. Er verweist auf die Aufgabe, über die nationalsozialistischen Verbrechen aufzuklären. „Wir wissen, dass es ohne Erinnerung keine Freiheit und Zukunft geben kann. Das macht die Arbeit des DIZ so wertvoll“.

Diese Anerkennung hat sich das DIZ im Laufe der vergangenen 20 Jahre hart erarbeiten müssen. „Viele Spuren waren verschüttet, als das DIZ seine Arbeit aufnahm“. Es ist wohl nur der Beharrlichkeit sowohl der überlebenden politischen Gefangenen und der ehrenamtlich als auch hauptamtlichen Mitarbeiter des Trägervereins und des DIZ zu verdanken, dass sich die Situation doch grundlegend geändert hat. Denn zu Beginn war „das DIZ als Haus der Erinnerung ein Fremdkörper, es verstörte oder drohte zu stören“ (Knoch).

Das ist heute anders. Einige Schulen sind seit Jahren sehr daran interessiert, ehemalige Häftlinge berichten zu lassen. „Wir sind so ungefähr die letzten jungen Leute, die noch mit Zeitzeugen sprechen können“, befand unlängst eine Schülerin.

Die Zeitzeugen werden weniger. Daher werde „der historische Ort eine neue Bedeutung bekommen,“ blickt Habbo Knoch in die Zukunft. Und diese wird Veränderungen mit sich bringen, weil der Landkreis Emsland auf dem Gelände des früheren Lagers Esterwegen eine neue Gedenkstätte einrichten will. Die (bisherigen) Planungen wurden unlängst vorgestellt. Das DIZ ist hier mit einbezogen.

www.diz-emslandlager.de

[nach oben](#)

Schülersausstellungen zum Thema „60 Jahre Kriegsende“

Noch bis zum 26. Juni zeigt das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager in Papenburg drei Multimedia-Ausstellungen, die von schulischen Gruppen anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes erarbeitet worden sind.

Die Projektgruppen hatten sich, betreut von ihren Lehrkräften, bei unterschiedlicher Schwerpunktsetzung mit der Situation im nördlichen Emsland im April 1945 und mit der Geschichte der Emslandlager beschäftigt.

Die Arbeiten sind das Ergebnis eines Wettbewerbs, zu dem der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Schulen im Bezirk Weser-Ems aufgerufen hatte und an dem sich mehr als 50 Schulen beteiligten.

[nach oben](#)

Aus den Arbeitsgemeinschaften

Dank an die Frauen

In den Monaten nach Mai 1945 war Deutschland weitgehend in Schutt und Asche versunken, es versank allerdings nicht im Chaos, so die ASF Landesvorsitzende Ulla Groskurt (MdL). Zupackende Frauen schafften und ebneten damals den Weg vom Trümmerfeld zum Wirtschaftswunderland. Damals hieß weiterleben, erst einmal aufräumen und aufbauen. Die arbeitsfähigen Männer waren im Krieg gefallen, oder aus der Kriegsgefangenschaft noch nicht zurück. Das eigene Leben und meist noch das von Kindern mussten Frauen unter schweren Bedingungen allein regeln. Zu den zerstörten Städten kam die schlechte Versorgungslage, Einkaufen auf dem Schwarzmarkt, Hamsterfahrten aufs Land gehörten zum Alltag. Viele Frauen standen stundenlang nach Brot oder Butter an und bekamen dann doch nichts. Die Leistung der Frauen war unter Berücksichtigung der Widrigkeiten einmalig und der Begriff Trümmerfrauen gibt von der Zeit einen bedeutenden, aber nicht den ganzen Teil der damaligen Zeit wieder. Zwar bleibt insbesondere das Bild selbstloser, tapferer „Trümmerfrauen“ prägend als Symbol für den Wiederaufbau; das Wirtschaftswunder hat danach aber die Kultur der hart arbeitenden und selbständigen Frauen mehr oder weniger getilgt. In der politischen Entwicklung der nachfolgenden Jahre hatten trotz dieser Leistungen traditionelle Rollenbilder wieder eine Konjunktur. Ernst zu nehmende Vorschläge und Optionen auf eine offene und gleichberechtigte Gesellschaft hatten keine politische Chance. Keiner will diese Zeiten um 1945 je wieder, so die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in

Niedersachsen, trotzdem halten wir es anlässlich der vielen Erinnerungen, die zum 60-jährigen Kriegsende wieder aufgenommen werden für wichtig, die Leistungen der Frauen dieser Zeit besonders zu würdigen.

[nach oben](#)

Stellenausschreibung

BürgermeisterkandidatIn für Elsfleth gesucht

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Elsfleth sucht für die nächste Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Elsfleth eine geeignete Persönlichkeit.

Die Bewerberin oder der Bewerber sollten durch ihre Ausbildung und/oder ihre Berufserfahrung für diese Tätigkeit qualifiziert sein und über folgende Eigenschaften verfügen:

- Führungsqualitäten,
- Erfahrung im Bereich der kommunalen Verwaltung und Gesetzgebung,
- Fähigkeit zu kreativer und unbürokratischer Arbeit,
- Politische Erfahrung,
- Kontaktfreudigkeit und Aufgeschlossenheit im Gespräch mit dem Bürger.

Die Wahl findet im Herbst 2006 statt. Amtsantritt ist der 1.11.2006. Die Wahlzeit für das Beamtenverhältnis auf Zeit beträgt 8 Jahre. Besoldung und Aufwandsentschädigung richten sich nach der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung (*Besoldungsgruppe A15 BBesG*).

Mehr über unsere Stadt erfahren Sie unter:

www.elsfleth.de und www.spd-elsfleth.de

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte bis spätestens 31.8.2005 an:

SPD Ortsverein Elsfleth
Dr. Manfred Dornieden
Gorch-Fock-Str. 26
26931 Elsfleth

[nach oben](#)

Wahlkämpfer-Hotline

Wahlkampf-Hotline des Parteivorstandes für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der Untergliederungen.

**Auskunft und Hinweise zu allen Fragen
des Wahlkampfes:
Montag bis Freitag von 08.00 - 20.00 Uhr.**

**WBH KAMPA Hotline
0180 5002497**

wbh-kampa@spd.de

[nach oben](#)

Termine

Termine

Bezirksdelegierten-Konferenz und Kleiner Bezirksparteitag am 02. Juli 2005

Die Bezirksdelegierten-Konferenz zur Wahl der Delegierten für die LandesvertreterInnenversammlung am 09. Juli 2005 findet am 02. Juli um 13.00 Uhr in der „Harmonie“ in Oldenburg. Bereits ab 10.30 Uhr tagt der Kleine Bezirksparteitag. Hier geht es um die Weser-Ems-Vorschläge zur Landesliste und außerdem wird Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel referieren.

Anmeldung für Parteimitglieder: bezirk.weser-ems@spd.de

Kleiner Bundesparteitag zum Wahlprogramm

04. Juli 2005, Berlin

LandesvertreterInnen-Versammlung zur Aufstellung der SPD-Landesliste zur Bundestagswahl:

Samstag, 09. Juli 2005, 10.00 Uhr
Hannover Congress Centrum, Niedersachsenhalle
Theodor-Heuss-Platz 1-3, 30175 Hannover
Bundeskanzler Gerhard Schröder wird eine Rede halten.

Bundesparteitag

31. August 2005 in Berlin, "Hotel Estrel"

Weitere Parteitage

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems: 08./09. Oktober in Ihlowefehn
SPD Landesparteitag Niedersachsen: 05. November 2005 in Walsrode
SPD BUNDESPARTEITAG 14.-17. November 2005 in Karlsruhe

BUNDESTAGSWAHL

Voraussichtlicher Wahltermin: 18. September 2005

[nach oben](#)

Linktipps

<http://www.spd-weser-ems.de>

Informationen aus und über die SPD im Bezirk Weser-Ems

Der Landesverband veröffentlicht wöchentlich einen Newsletter, den man unter pressends@spd.de abonnieren kann.

Weitere Informationen bei:

Katrin Reich, SPD Landesverband Niedersachsen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Tel.: 0511/1674-222

Fax: 0511/1674-211

katrin.reich@spd.de

www.spdnds.de

Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landes-Blindengeldes - Listen ausdrucken und Unterschriften sammeln: www.spdnds.de

Unter <http://www.spdnds.de/> gibt es aktuelle Informationen zur Arbeit der SPD in Niedersachsen.

Zahlreiche Informationen über die Arbeit und die politische Positionen der SPD-Landtagsfraktion bietet das Internetportal <http://www.spd-landtag-nds.de/>.

Interessenten können sich unter der Email-Adresse nds-ig.spd@bundestag.de für den Newsletter der Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion einschreiben. Ein reichhaltiges Informationsangebot bietet auch die Homepage der Landesgruppe: <http://www.landesgruppe-niedersachsen.de/>

Die niedersächsischen Jusos präsentieren sich im Internet unter <http://www.jusos-nds.de/>. Wer Lust hat mitzumachen oder Informationen zur Arbeit der Jusos sucht, wird hier fündig.

Das Wirtschafts-Netzwerk der SPD in Niedersachsen hat eine eigene Homepage. Wer mehr dazu erfahren will, schaut im Internet unter <http://www.ags.spdnds.de/>.

Die Niedersächsische Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen informiert unter <http://www.asf.spdnds.de/> im Internet.

Die niedersächsische Juso-Hochschulgruppen sind im Internet unter www.hochschulgruppen.jusosnds.de zu finden.

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Niedersachsen hat unter <http://www.sgk-niedersachsen.de> einen eigenen Internetauftritt. Wer sich für dieses Thema interessiert, sollte dort mal reinschauen.

<http://www.diz-emslandlager.de>

Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager
Wieck rechts 22, 26871 Papenburg
Tel. 04961-916306; Fax 04961-916308
Öffnungszeiten: Di-Fr und So 10-17 Uhr

<http://www.spd.de>

Die Homepage der Bundes-SPD

<http://www.spdfraktion.de>

Die SPD-Bundestagsfraktion informiert über ihre politische Tätigkeit.

<http://www.bundesregierung.de/-,415/Politikthemen.htm>

Ausführliche Infos zu allen politischen Top-Themen.

<http://www.spd.de/servlet/PB/menu/1009368/index.html>

Aktuelle Meldungen des SPD-Parteivorstandes.

<http://www.bundestag.de/>

Alles zum Thema Parlamentarismus in Deutschland. Aktuelles, Hintergründe, Geschichte und vieles mehr.

Linktipps zur Bundestagswahl

- Bundeswahlleiter: <http://www.bundeswahlleiter.de>
- Wahlen in Deutschland: www.election.de

[nach oben](#)

Editorial

Der Newsletter des SPD Bezirks Weser-Ems erscheint ca. 1mal im Monat.

Herausgeber:

SPD-Bezirk Weser-Ems

Huntestr. 23

26135 Oldenburg

Tel. 04 41/7 70 33 13

bezirk.weser-ems@spd.de

V.i.S.d.P.:

Remmer Hein, Tel. 0491 / 33 71, remmer.hein@spd.de

Redaktion:

Hans-Rainer Strang rainer.strang@spd.de

Olaf Abdinghoff-Feldkemper oaf@spd.de

[nach oben](#)

Newsletter bestellen/abbestellen

Um den Newsletter zu bestellen oder abzubestellen, genügt eine Email an:

bezirk.weser-ems@spd.de

Zum Anmelden: **Betreff: Newsletter bestellen**

Zum Abmelden: **Betreff: Newsletter abbestellen**

[nach oben](#)